



24. März 2011

Sehr geehrte Damen und Herren,

anlässlich der Auseinandersetzung in Libyen und der Debatte über das Verhalten Deutschlands im VN-Sicherheitsrat, übersenden wir Ihnen dazu einige Argumente und Informationen.

Welchen Kurs vertritt die Bundesregierung?

Die Bundesregierung teilt mit seinen Partnern das Ziel eines politischen Neuanfangs in Nordafrika, im Nahen und Mittleren Osten. Das Streben der Menschen nach demokratischer und wirtschaftlicher Teilhabe und für ein Leben in Freiheit und Würde hat unsere volle Unterstützung und verdient großen Respekt. Dennoch kann Deutschland nicht überall dort, wo Unrecht auf der Welt geschieht, Soldaten entsenden. Deshalb setzen wir zuerst auf diplomatische, politische, wirtschaftliche und rechtliche Wege, um Unrecht auf der Welt zu bekämpfen. Im konkreten Fall Libyen haben wir uns sehr frühzeitig für scharfe wirtschaftliche und politische Sanktionen auf internationaler Ebene eingesetzt. Wir unterstützen das internationale Vorgehen im Rahmen des Möglichen, allerdings nicht militärisch, weil wir uns im Oberziel einig sind: Das Regime Gaddafi muss weg. Leider dauert die Durchsetzung von Sanktionen international meist Wochen, während Militärschläge binnen Tagen beschlossen werden.

Hier eine chronologische Auflistung:

- 22.02.11 Statement von Bundesaußenminister Westerwelle: (...) „Sollte Libyen weiter mit Gewalt gegen das eigene Volk vorgehen, werden Sanktionen unvermeidlich sein.“
- 25.02.11 Interview mit Bundesaußenminister Westerwelle im Deutschlandfunk: (...) „Ich denke, Sanktionen sind in Anbetracht dieser erheblichen Menschenrechtsverletzungen, dieser erheblichen Gewaltanwendungen unvermeidbar, und dazu zählen zum Beispiel Einreisesperren für die Herrscherfamilie, dazu zählt aber auch eine Vermögenseinfrierung“ (...)
- (...) „deswegen habe ich ja am Dienstag mit anderen Kollegen in der Europäischen Union entschieden, dass wir vorangehen, was das Thema Sanktionen angeht.“ (...)
- 26.02.11 VN-Sicherheitsrat beschließt mit Resolution 1970 ein Paket von Maßnahmen und Sanktionen („unter Ausschluss von Waffengewalt“): Reisebeschränkungen, Einfrieren von Vermögenswerten, Waffenembargo, Verweis der Situation an den Internationalen Strafgerichtshof.
- 28.02./
10.03.11 EU beschließt Sanktionen mit folgenden Elementen:
- Vollständige Umsetzung der VN-Sanktionen (Waffenembargo, Inspektionen von Ladungen im Verdachtsfall, Reisesperren für 16 Personen und Vermögenseinfrierung von 6 Personen)
 - EU-autonom: Verbot des Exports von Gütern, die der internen Repression dienen können
 - Reiseverbote für 11 weitere Personen
 - Kontensperrungen von 26 weiteren Personen und Unternehmen, darunter libysche Zentralbank und wichtigster libyscher Staatsfonds.
 - Deutschland sperrt knapp 200 Konten

- 01.03.11 VN-Generalversammlung suspendiert Mitgliedschaftsrechte Libyens im Menschenrechtsrat
- 03.03.11 Internationaler Strafgerichtshof nimmt Ermittlungen auf
- 11.03.11 Statement von Bundesaußenminister Westerwelle: (...) „Wir sind bei einer Flugverbotszone skeptisch und zurückhaltend, weil es sich hierbei nicht um eine zivile Maßnahme handelt, sondern um ein militärisches Eingreifen.“
- 11.03.11 Sonder-Europäischer Rat: Verurteilung von Repression und Menschenrechtsverletzungen Aufforderung an Gaddafi, unverzüglich die Macht abzugeben
- 17.03.11 VN-Sicherheitsrat beschließt Resolution 1973: Sie erlaubt die Einrichtung einer Flugverbotszone über Libyen und den Einsatz militärischer Zwangsmittel, um das Gaddafi-Regime an militärischer Gewalt gegen die Zivilbevölkerung und der Bedrohung von Zivilisten bewohnter Gebiete zu hindern.
- 21.03.11 Europäische Union beschließt weitere Verschärfung der Sanktionen: Konten von neun Firmen - davon drei Geschäftsbanken - eingefroren; Erweiterung der Einreisesperre um weitere elf Personen.

Die Chronologie zeigt, dass die Bundesregierung eine stringente Argumentation verfolgt hat. Sie hat politischen Maßnahmen stets den Vorzug vor einem militärischen Eingreifen gegeben. Deutschland wird keine deutschen Soldaten in einen militärischen Konflikt in Nordafrika mit ungewissem Ausgang entsenden.

Fragen	Argumente zu Libyen
Wie steht Deutschland zum Regime vom libyschen Staatschef Gaddafi?	Deutschland hat bereits in den letzten Wochen ganz deutlich zum Ausdruck gebracht, dass wir die Unterdrückung der Freiheitsbewegung sowie die militärischen Angriffe von Staatschef Gaddafi auf das libysche Volk aufs schärfste verurteilen. Er trägt die Verantwortung, dass so viele Menschen in Libyen leiden und ihre Rechte eklatant missachtet werden. Deutschland und seine Partner teilen das Ziel, eines politischen Neuanfangs in Libyen. „Oberst Gaddafi muss abtreten, auch sein Regime. Das ist und bleibt unser Ziel“, sagte Bundesaußenminister Guido Westerwelle. Deutschland ist in diesem Konflikt nicht neutral, sondern steht fest an der Seite des libyschen Volkes und der internationalen Gemeinschaft.
Was hat der VN-Sicherheitsrat beschlossen?	Die Resolution des Sicherheitsrates beinhaltet neben verschiedenen Sanktionen das Mandat, alle notwendigen Maßnahmen einschließlich militärischer Gewalt zum Schutz der Zivilbevölkerung und der von ihnen bewohnten Gebiete in Libyen zu ergreifen. Darunter fällt auch die Einrichtung einer Flugverbotszone. Einzig die Entsendung von Besatzungstruppen nach Libyen hat der VN-Sicherheitsrat ausgeschlossen.
Wieso hat sich Deutschland im VN-Sicherheitsrat enthalten?	Dieser Entscheidung ist ein schwieriger Abwägungsprozess vorausgegangen. Die Bundesregierung ist angesichts sowohl außenpolitisch als auch militärisch erheblicher Gefahren und Risiken bei der Abwägung im VN-Sicherheitsrat zu dem Ergebnis gekommen, sich bei der Abstimmung über die Resolution zu enthalten. Deutschland steht in einer Tradition der militärischen Zurückhaltung. Die jüngere Geschichte auf dem Balkan, in Afghanistan oder dem Irak hat uns gelehrt: Man ist sehr schnell mit Soldaten in eine Kriegseinsatz verwickelt und es dauert dann viele Jahre bis man das Land wieder verlassen kann. Die Einrichtung einer Flugverbotszone allein genügt nicht. Ihre Einhaltung und Durchsetzung muss mit militärischen Mitteln er-

	<p>folgen. Wenn Luftschläge und Lufteinsätze dann nicht erfolgreich sind, ist man schnell in der Gefahr, dass es militärische Weiterungen, also auch den Einsatz von Bodentruppen gibt. Dies brächte die Gefahr, dass der Westen in einem weiteren arabischen Land als Eindringling gesehen würde, mit erheblichen weiteren politischen Risiken für die ganze Region.</p> <p>Die Bundesregierung hatte daher eine sehr stringente Argumentation. Ausgangspunkt war die Entscheidung, keine deutschen Soldaten nach Libyen zu schicken. Darauf basierend die Enthaltung im VN-Sicherheitsrat mit vier großen anderen Ländern (Indien, Brasilien, China, Russland) und die Entscheidung, sich nicht an dem Militäreinsatz zu beteiligen, wie viele andere Länder der EU. Hätten wir im Sicherheitsrat zugestimmt, wäre der Druck auf Deutschland groß gewesen, sich militärisch zu beteiligen. Deutschland ist schließlich das größte EU-Land und eines der größten NATO-Länder.</p>
Ist Deutschland jetzt international isoliert?	Nein. Die deutsche Entscheidung, sich bei der Abstimmung im Sicherheitsrat zu enthalten und sich nicht an militärischen Aktionen zu beteiligen, ist bei Partnern und Verbündeten auf Verständnis und Respekt gestoßen.
Hätte man nicht bereits vor dem Beschluss des VN-Sicherheitsrates handeln müssen?	Bereits ganz am Anfang der innerlibyschen Auseinandersetzungen haben Deutschland und seine internationalen Partner sehr schnell gehandelt und eine ganze Reihe von einschneidenden Sanktionen beschlossen, wie bspw. die Befassung des Internationalen Strafgerichtshofs mit den Verbrechen Gaddafis, Reiseverbote für die libysche Führung, ein Waffenembargo oder die Sperrung von Konten.
<p>Beteiligt sich Deutschland doch noch militärisch in Libyen?</p> <p>Was ist mit einem Einsatz deutscher Soldaten in AWACS-Überwachungsmaschinen in Libyen?</p>	<p>Deutschland trägt den Inhalt der Resolution 1973 des VN-Sicherheitsrats mit und hält den Einsatz der internationalen Gemeinschaft für legitim. Jedoch wird sich Deutschland an diesen Aktionen nicht beteiligen und keine Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr zur Verfügung stellen. Unterhalb der unmittelbaren Beteiligung an einer militärischen Aktion wird Deutschland seinen Beitrag leisten und unsere Partner in Europa, in der NATO und in der Welt dort unterstützen, wo wir können, um ihnen zu ermöglichen, ihre schwierige Aufgabe wahrzunehmen.</p> <p>Auch für einen möglichen AWACS-Einsatz im Mittelmeerraum zur Unterstützung der Einsätze in Libyen wird Deutschland keine eigenen Soldatinnen und Soldaten entsenden.</p>
Wie engagiert sich Deutschland, damit die VN-Resolution umgesetzt wird?	Die Alternative zu einem Militäreinsatz ist nicht Tatenlosigkeit, sondern den Druck zu erhöhen sowie die politischen und wirtschaftlichen Sanktionen zu verschärfen . Es geht auch um humanitäre Hilfe. An dem politischen Ziel, dass der libysche Staatschef Gaddafi abtritt und sein Regime zur Rechenschaft gezogen wird, hält Deutschland unverändert und unvermindert fest. Es geht darum, die bereits beschlossenen Sanktionen so auszuweiten, dass sie umfassend die Finanz- und Wirtschaftsfragen berühren. Mit weiteren Sanktionen soll verhindert werden, dass weiterhin frisches Geld in die Hände des libyschen Regimes gelangt, das verwendet wird, um Söldnertruppen zu bezahlen, die diesen schrecklichen Krieg gegen das libysche Volk führen. Daher sollten libysche Ölunternehmen und ihre Tochterfirmen mit EU-Strafmaßnahmen belegt und die Finanzströme nach Libyen gestoppt werden. Erst am 21. März 2011 haben die EU-Außenminister weitere Sanktionen beschlossen, u.a. für die libysche Führung ein EU-Einreiseverbot und das Einfrieren ihres Vermögens in der EU.

Wie verhält sich die Opposition?	Grüne und SPD haben keine klare Haltung. In ersten Reaktionen zur Abstimmung im Sicherheitsrat am vergangenen Freitag haben sowohl Politiker von SPD als auch von Grünen den Kurs der Bundesregierung mitgetragen. Mittlerweile kritisieren SPD und Grüne die Enthaltung Deutschlands im VN-Sicherheitsrat und versuchen dies innenpolitisch zu instrumentalisieren. Dabei verkennen sie vollkommen die Lage, dass eine Zustimmung auch zu einer militärischen Verpflichtung hätte führen können.
----------------------------------	---

Mit freundlichen Grüßen

Olaf Bentlage
Pressesprecher und Leiter der Pressestelle
der FDP-Bundestagsfraktion
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030/227-52388
Fax: 030/227-56778